|  |
| --- |
| Anlage A  **INTERESSENSBEKUNDUNG ZUR TEILNAHME AN DER MARKTERHEBUNG**  **ZUR ERMITTLUNG VON EINEM QUALIFIZIERTEN ARZT/EINER QUALIFIZIERTEN ÄRZTIN ZUR**  **AUSÜBUNG DER TÄTIGKEIT DES PRÄSIDENTEN DER BERUFUNGSKOMMISSION GEGEN DIE**  **Ergebnisse der Pflegeeinstufung, IM SINNE DES LG NR. 9/2007 UND DIE INHALTLICHE**  **BEARBEITUNG DER ENTSPRECHENDEN EINSPRÜCHE**  Der/die Unterfertigte      ,  geboren in       am  wohnhaft in der Gemeinde      (     ) Land  Anschrift  Steuerkodex:  In ihrer/seiner Eigenschaft als (bitte kreuzen Sie ein Kästchen an)  Freiberuflerin/Freiberufler  andere natürliche Person  anderes       (spezifizieren)  MWSt-Nummer:  Steuerkodex:  mit Rechtssitz in der  Gemeinde       (     ) Land  Anschrift  Telefon:      Telefax  E-Mail-Adresse     PEC:  **ERKLÄRT**  gemäß Landesgesetzt Nr. 17 vom 22. Oktober 1993 in geltender Fassung,  Interesse an diesem Verfahren zu haben und alle Bedingungen der Markterhebung anzunehmen;  die       Staatsbürgerschaft zu besitzen;  die zivilen und politischen Rechte zu besitzen;  derzeit keine Vorstrafen und keine anhängigen Strafverfahren zu haben, keine Maßnahmen auferlegt wurden betreffend Vorbeugung, zivilrechtliche Entscheidungen und Verwaltungsmaßnahmen, die gemäß den geltenden Gesetzen im Strafregister eingetragen sind (wenn ja, dann angeben welche)      ;  bei der entsprechenden Berufskammer       in       (Ort) mit der Nummer       eingeschrieben zu sein;  die Mitteilungen, die mit der gegenwärtigen Markterhebung zusammenhängen, an folgende Adresse zu senden:  E-Mail-Adresse:  Zertifizierte Email Adresse PEC:      ;  das Informationsblatt „Verarbeitung der personenbezogenen Daten“ laut Verordnung (EU) 2016/679, zum Schutz von personenbezogenen Daten erhalten zu haben;  **ES WIRD BEIGELEGT**   * + Anhang 1: - Lebenslauf -   + Anhang 2: - Detaillierter Kostenvoranschlag   Der/die Unterfertigte ist sich bewusst, dass wahrheitswidrige Angaben und Urkundenfälschung im Sinne des Art. 76 des D.P.R. Nr. 445/2000 und gemäß einschlägiger Sondergesetze strafrechtlich verfolgt werden.  Datum:       Unterschrift der/des Erklärenden    (digital unterzeichnet) |
|  |
|  |
|  |
|  |

**Information gemäß Artikel 13 und Artikel 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016**

**Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung:** Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz Nr. 4, Landhaus 3a, 39100, Bozen, E-Mail: [generaldirektion@provinz.bz.it](mailto:generaldirektion@provinz.bz.it)  
PEC: [generaldirektion.direzionegenerale@pec.prov.bz.it](mailto:generaldirektion.direzionegenerale@pec.prov.bz.it).

**Datenschutzbeauftragte (DSB)**: Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: Autonome Provinz Bozen, Landhaus 1, Organisationsamt, Silvius-Magnago-Platz Nr. 1, 39100 Bozen; E-Mail: [dsb@provinz.bz.it](mailto:dsb@provinz.bz.it); PEC: rpd\_[dsb@pec.prov.bz.it](mailto:dsb@pec.prov.bz.it)*.*

**Ursprung:** Die Daten werden beim Interessierten gesammelt und in Archiven, Registern, Listen und Verzeichnissen von öffentlichen Rechtsträgern im Sinne der Rechtsvorschrift aufbewahrt.

**Kategorie der Daten:** Es handelt sich um Identifizierungsdaten und Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Gerichtsdaten).

**Zwecke der Verarbeitung:** Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie im Sinne von: (Artikel 7, Absatz 6 des Gesetzvertretendes Dekret vom 30. März 2001, Nr. 165 in geltender Fassung, betreffend die “Allgemeine Normen über die Regelung der Arbeit in Abhängigkeit der öffentlichen Verwaltung„) angegeben wurden.

Die mit der Verarbeitung betraute Person ist die Direktorin der Abteilung Soziales an ihrem Dienstsitz. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, können die eingegangenen Anträge und Anfragen nicht bearbeitet werden.

**Mitteilung und Datenempfänger**: Die Daten können folgenden anderen öffentlichen Rechtsträgern zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt: Ämter, Körperschaften und Organe der öffentlichen Verwaltung, Betriebe und Einrichtungen, sowie an die Zugangsberechtigten. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen *Systems* der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch *Cloud* *Computing*, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italien GmbH, welcher Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet, personenbezogenen Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Lichtenstein) zu übermitteln.

**Verbreitung:** Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

**Dauer**: Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden.

**Automatisierte Entscheidungsfindung:** Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

**Rechte der betroffenen Person**: Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <http://www.provinz.bz.it/de/transparente-verwaltung/zusaetzliche-infos.asp>. zur Verfügung.

**Rechtsbehelfe:** Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang − diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Die betroffene Person hat Einsicht in die Information über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten genommen.

Der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin

(digital unterzeichnet)